

Auswertung

Regierungsprogramm der SPD im Saarland

Berlin, 26. April 2022

Am 27. März 2022 hat das Saarland als erstes von insgesamt vier Bundesländern im Jahr 2022 einen neuen Landtag [gewählt](#). Die Entscheidung im Saarland war ein erster politischer Stimmungstest nach dem Regierungswechsel im Bund im vergangenen Jahr. Die SPD ging als stärkste Partei aus der Wahl hervor und erzielte eine absolute Mehrheit. SPD-Spitzenkandidatin Anke Rehlinger visierte nach der Wahl eine Alleinregierung an und wurde am 25. April zur neuen Ministerpräsidentin gewählt. Die SPD stellt seit 23 Jahren wieder die Regierung im Saarland. Grundlage für die neue Regierung ist das [Regierungsprogramm](#) der Saar-SPD, mit dem die Partei in den Wahlkampf gezogen ist.

I. Neue Regierung

Der Strukturwandel ist laut Rehlinger die zentrale Aufgabe der neuen Landesregierung. Daran orientiere sich auch der Zuschnitt der Ministerien, den Rehlinger am 21. April präsentierte. Das Kabinett wurde am 26. April vereidigt. Die Anzahl der Ministerien bleibt gleich, ihr Zuschnitt ändert sich allerdings. Vor allem beim Wirtschaftsministerium gibt es Veränderungen. Das Ressort Arbeit wandert ins Sozial- und Gesundheitsministerium, die Sparte Mobilität kommt ins Umweltministerium. Beim Wirtschaftsministerium werden zukünftig die Bereiche Innovation und Digitales angesiedelt.

Ministerpräsidentin	Anke Rehlinger
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie	Jürgen Barke (auch stellvertretender Ministerpräsident)
Ministerium für Inneres, Bauen und Sport	Reinhold Jost
Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz	Petra Berg
Ministerium für Justiz	Petra Berg
Ministerium für Bildung und Kultur	Christine Streichert-Clivot
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit	Magnus Jung



Ministerium für Finanzen und Wissenschaft	Jakob von Weizsäcker
Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter für Europa	David Lindemann

II. Regierungsprogramm

Unter dem Motto „Echte Saarland Liebe“ hat die SPD vor der Wahl in ihrem Regierungsprogramm vor allem einen Fokus auf den Strukturwandel im Saarland gelegt. Die SPD möchte das „Erbe des Saarlands bewahren und zugleich Zukunft schaffen“. Daher spielen auch die Themen der Digitalisierung eine zentrale Rolle in Bezug auf ein zukunftsfähiges Saarland für die kommende Regierung. Die Digitalisierung solle den Menschen dienen. Deshalb geht es der Saar-SPD bei der Digitalisierung nicht nur um Technik, sondern um alle sozialen, ökonomischen, kulturellen und institutionellen Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen.

In den nachfolgenden Abschnitten finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der künftigen saarländischen Regierung zu Themen, die aus Sicht der Internetwirtschaft von besonderer Relevanz sind. Weitere Details können Sie dem Regierungsprogramm der SPD entnehmen.

▪ **Digitaler Staat und digitale Infrastruktur**

Die SPD will mehr Tempo bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen voranbringen und unter anderem alle Dienste aus einer Hand anbieten (S. 14). Dafür sei ebenfalls zentral, die digitale Infrastruktur auszubauen und Internet „an jede Milchkanne“ zu bekommen. Der Zugang zu schnellem Internet ist für die SPD ein Teil der Daseinsvorsorge und muss gesetzlich verankert werden. Grundlage dafür ist ein flächendeckendes und leistungsfähiges Breitbandnetz. Die Netzabdeckung muss von den Mobilfunkanbietern überall gesichert sein. Die SPD setzt sich zudem für die Anwendung von Open Data ein. Auch dem digitalen Verbraucherschutz möchte die SPD besondere Aufmerksamkeit schenken (S. 34).

▪ **Cybersicherheit und Strafverfolgung im Netz**

Der Schutz von Daten und Cybersicherheit ist für die SPD essenziell für eine digitale Welt. Daher will sie verstärkt die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in diesem Bereich unterstützen und sich für die Schaffung einer landeseigenen, saarlandweiten und zentral verwalteten Digitalisierungsplattform einsetzen. Diese soll die Effizienz des Digitalisierungsprozesses steigern und einen umfassenden Schutz der Daten und vor möglichen Cyberangriffen garantieren (S. 15-16). Die SPD wird die Sicherheitsbehörden mit den notwendigen technischen Möglichkeiten zur Verfolgung von Straftaten ausstatten, den Ausbau spezieller Einheiten fortführen



und Polizeikräfte qualifiziert ausbilden, um Cyber- und Hackerangriffen gegen Wirtschaftsunternehmen, staatliche Institutionen und Privatpersonen zu begegnen.

Ferner plant die SPD, die Digitalisierung der Justiz weiter voranzubringen und durch Online-Angebote die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes zu erleichtern (S. 49). Sie will außerdem mit strikter Strafverfolgung gegen Hass im Netz vorgehen. Dafür soll unter anderem eine niedrighschwellige Anlaufstelle für Betroffene von Hass und Hetze im Netz in Form einer digitalen Meldestelle geschaffen werden (S. 51).

▪ **Zukunftstechnologien**

Die SPD wird die Chancen der Digitalisierung zur Stärkung des saarländischen Wirtschaftsstandortes und zur Hebung neuer Wertschöpfungspotenziale nutzen (S. 15).

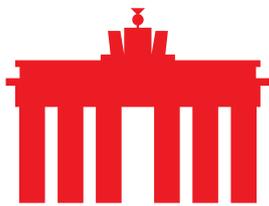
Im Bereich der Zukunftstechnologien soll das Saarland seine Vorreiterrolle in der Region für Produktion 4.0 und die Etablierung von KI-Systemen ausbauen. Die SPD stellt jedoch klar, dass überprüfbare und faire Algorithmen sowie eine diskriminierungsfreie KI hierfür Grundvoraussetzung sein müssen (S. 13; 16).

Außerdem plan sie den Ausbau und die aktive Förderung der grenzüberschreitenden Forschung zur Künstlichen Intelligenz, Cybersicherheit und der Wasserstoff- und Digitalwirtschaft (S. 54).

▪ **Klima und Nachhaltigkeit**

Die Saar-SPD plant, den Anteil der erneuerbaren Energien im Saarland bis 2030 zu verdoppeln (S. 7). Den grenzüberschreitenden Ausbau erneuerbarer Energien, die dezentrale Energieversorgung und die Energieverteilung möchte die SPD weiter voranbringen (S. 54). Die SPD-Landesregierung wird das Nachhaltigkeitsgebot in der Landesverfassung festschreiben, d.h. ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Abschaffung der EEG-Umlage und weitere strompreisdämpfende Maßnahmen (S. 28).

Auch digitale Prozesse sollen ressourcenschonend gestaltet und umgesetzt werden. Die SPD will für das Saarland eine Green-IT-Strategie entwickeln und die Bereitstellung von Hardware, digitaler Infrastruktur und das Programmieren von Software und Anwendungen stromsparend und klimafreundlich gestalten. Gleichzeitig soll die Nutzung von Potenzialen zur Einsparung von Ressourcen durch den Einsatz digitaler Technologien, z.B. durch eine emissionsparendere Fahrweise durch Automatisierungsprozesse, unterstützt werden. Die SPD möchte die Forschung in diesem Bereich gezielt fördern und den Transfer in die Anwendung begleiten (S. 16).



▪ **(Weiter-)Bildung und Arbeit**

Im Bereich der (Weiter-)Bildung und Arbeitspolitik wird die neue saarländische Regierung einen Fokus auf Digitalisierung setzen. So soll unter anderem die Versorgung aller Schulen mit leistungsfähiger digitaler Infrastruktur (Glasfaser) anvisiert werden. Digitale Bildung soll gefördert werden und der Unterricht mit und durch Medien gestaltet werden (S. 21).

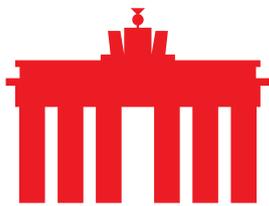
Die neue saarländische Regierung möchte außerdem einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung durchsetzen und zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Studiengänge voranbringen (S. 6-8). Daneben sollen auch neue, digitale Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von den sozialen Sicherungssystemen erfasst werden und das Recht auf Nichterreichbarkeit umgesetzt werden. Gleichzeitig will die SPD neue Räume für mobiles Arbeiten und Co-Working Spaces einrichten (S. 15).

III. Einschätzung und Bewertung

Mit dem vorliegenden Regierungsprogramm hat die SPD einen konkreten Plan für ihr Handeln im Saarland in den nächsten fünf Jahren festgelegt. Dabei wurden auch einige Forderungen des eco aufgegriffen und für die Internetwirtschaft relevante Punkte berücksichtigt. Dass die SPD einen ganzheitlichen Ansatz bei der Digitalisierung und dem Strukturwandel des Landes verfolgt, der gesellschaftspolitische, ökologische sowie technische Aspekte gleichwertig berücksichtigt, ist sinnvoll und wird positiv bewertet. Das neue Kabinett unter Ministerpräsidentin Rehlinger sieht kein eigenständiges Digitalministerium für das Saarland vor, jedoch wird das Wirtschaftsministerium um die Bereiche Innovation und Digitales erweitert. Das Thema der Digitalisierung erfährt somit eine größere Aufmerksamkeit und rückt weiter in den Fokus der Landesregierung – dies ist ebenfalls positiv zu bewerten.

Der Ausbau leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen ist ein zentraler Bestandteil für die weitere Digitalisierung aller Ebenen. Dass die zukünftige saarländische Regierung den Ausbau „bis zu jeder Milchkanne“ fördern möchte, ist sinnvoll und richtig. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass sich die SPD im Saarland für eine schnellere Digitalisierung von Verwaltungsleistungen einsetzen möchte. Für eine gute Umsetzung des „Einer für alle“-Prinzips ist jedoch eine gute Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen notwendig.

Die neue saarländische Regierung erkennt die zunehmende Bedrohung und Gefahren von Cyber- und Hackerangriffen an. Es ist richtig und notwendig, Forschungsarbeit in diesem Zusammenhang weiter auszubauen. Auch die von der SPD anvisierte Schaffung einer Digitalisierungsplattform ist eine gute Maßnahme, um das Know-How und Effizienz im Bereich Datenschutz, Cybersicherheit und Digitalisierung im Allgemeinen zu bündeln. Die Stärkung der personellen und technischen Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung rechtswidriger Inhalte greift ebenfalls eine zentrale Forderung von eco auf.



Auch ein stärkerer Fokus auf die Nachhaltigkeitspotenziale der Digitalisierung und Schlüsseltechnologien sowie eine Green-IT-Strategie wird befürwortet und unterstützt. Die konkrete Ausgestaltung dieser Strategie sollte jedoch konstruktiv verfolgt werden.

Die vergangenen zwei Jahre haben die Notwendigkeit alternativer digitaler Lehr-, Lern- und Arbeitsmethoden verdeutlicht. Daher ist ein weiteres positives Element aus dem Regierungsprogramm der SPD die Stärkung der digitalen Bildung und der Medien- und Digitalkompetenz sowie der Ausbau von Co-Working Spaces im ländlichen Raum und mobilem Arbeiten. Dies schafft die Grundlage für das Voranbringen einer nachhaltigen Digitalisierung der Bildungs- und Arbeitslandschaft.

Insgesamt werden aus Sicht der Internetwirtschaft mit dem von der Saar-SPD vorgelegten Regierungsprogramm zahlreiche digitalpolitische Vorhaben aufgegriffen, die zu nachhaltigen Fortschritten der Digitalisierung im Saarland beitragen können. Die SPD hat keinen Koalitionspartner, mit dem sie Pläne abstimmen und koordinieren muss. In welcher Form und wie die SPD ihre Pläne umsetzt, bleibt abzuwarten. Das Regierungsprogramm ist an vielen Stellen noch nicht sehr konkret und bietet keine klaren Umsetzungs- und Handlungsstrategien, wie die Ziele erreicht werden wollen. Die nächsten Schritte der neuen Landesregierung im Saarland werden daher in den nächsten Monaten aufmerksam verfolgt.

Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.